



DEUTSCHLANDS-AGENDA.DE

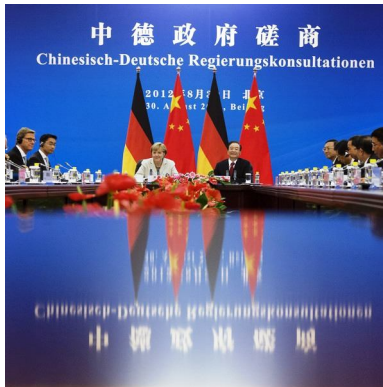


Memorandum Nr. 2

30. Oktober 2012, Berlin

Strategische Partnerschaften intensivieren, Gestaltungsspielraum ausschöpfen

Politikempfehlungen für Deutschlands Außenpolitik in Asien



Von: Niklas Anzinger, Florian Knaack, Matthias Korpak, Daniel Krahl, Oliver Krumme, Jan Raudszus, Armin Reinartz, Dr. Philipp Rock, Bastian Matteo Scianna und Felix Seidler

Herausgeber

Atlantische Initiative e.V.

Wilhelmstr. 67

10117 Berlin

Tel: +49 – 30 – 206 337 88

Fax: +49 – 30 – 246 30 36 33

Url: <http://www.atlantische-initiative.org>

Email: redaktion@atlantische-initiative.org

Die Aussagen und Empfehlungen dieses Memorandums reflektieren nicht notwendigerweise die Ansichten der Atlantischen Initiative e.V. Alle Autoren geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Bildquellen: (1) Auswärtiges Amt / Deutsche Botschaft Peking, Thomas Koehler; (2) CIA World Factbook; (3) Auswärtiges Amt / Deutsche Botschaft Neu Delhi, Trutschel.

1. Ausgangslage

Deutschland ist in Asien-Pazifik ein stark gefragter Partner. Berlin wird als Europas Führungsmacht angesehen und genießt qua wirtschaftlicher Stärke einen ausgezeichneten Ruf. Die Beziehungen zu asiatischen Staaten sind nicht durch eine koloniale Vorgeschichte belastet. Regierungskonsultationen auf höchster Ebene hält Peking nur mit Berlin ab. Das gleiche Format existiert auch mit Indien. Die Mongolei, mit der Deutschland die erste Rohstoffpartnerschaft abgeschlossen hat, und mehrere ASEAN-Staaten werden strategische Partner. In Fernost verfügt die Bundesrepublik somit über neuen politischen Spielraum. Wie kann Berlin diese Gestaltungsmöglichkeiten nutzen?

2. Empfehlungen für Bundesregierung und Bundestag

Strategische Partnerschaften sind auf die bisherigen Staaten zu beschränken. Dies beugt der Entwertung des Formates durch Beliebigkeit vor. Für weitere bilaterale Kooperationen sollte die Bundesregierung ein neues Format entwickeln. Ein weiterer Ansatzpunkt sind die gemeinsamen Parlamentariergruppen des Bundestags mit Volksvertretungen aus der Region. Durch deren stärkere Vernetzung würde Deutschlands Engagement für die Demokratie in der Region unterstrichen.

Für den Aufbau langfristig tragfähiger, intensiver Beziehungen in der Region ist die Förderung kulturellen und sozialen Austausches wichtig. Dazu müssen die Goethe Institute sowie universitäre Kooperations- und Austauschprogramme stärker finanziell gefördert werden.

Zentrale Koordinierungsstelle deutscher Asien-Politik muss das Kanzleramt sein, um die wirtschaftlichen, militärischen, entwicklungspolitischen und kulturellen Initiativen der verschiedenen Ministerien für eine geschlossene Linie zu bündeln.

2.1. Regierungskonsultationen und strategische Partnerschaft mit China

Die hohe Qualität ihrer Produkte verschafft den Deutschen in China hohes Ansehen und dadurch politisches Kapital. Rechts- und Markenschutz, Unternehmensführung und -ethik haben Vorbildcharakter. Deutsche Vertreter müssen im sino-deutschen Dialog selbstbewusst für dieses Modell werben und die rechtliche Absicherung europäischer Unternehmen verlangen. Die Bestrebungen der EU, mehr Reziprozität in den Handelsbeziehungen mit China einzufordern, sind hierfür ebenfalls zu nutzen.

In vielen Bereichen des chinesischen Staatswesens werden derzeit wichtige Weichen gestellt. Insbesondere im Bereich der Justizreform hat Deutschland in den vergangenen Jahren viel Unterstützungsarbeit geleistet, Vertrauen aufgebaut und kann daher Reformen konstruktiv begleiten. Transnationaler Austausch, vor allem in den Bereichen Nachwuchsführungskräfte, Wissenschaft und gesellschaftlicher Organisationen, muss noch stärker gefördert werden, um eine nachhaltige Kooperation beider Länder, über diplomatische Kontakte und temporäre Geschäftspartnerschaften hinaus, aufzubauen. Dazu bietet Kooperation im Bereich Unternehmertum und Innovation auf der Ebene von Start-Ups, sowie kleiner und mittlerer Unternehmen enorme Potenziale für beide Seiten, auch jenseits der zwischenstaatlichen Ebene.

Kein anderes Land ist durch seine politischen Stiftungen und akademischen, kulturellen und entwicklungstechnischen Organisationen so gut aufgestellt wie Deutschland. Gleichzeitig wird von chinesischer Seite immer wieder eine fehlende Präsenz Deutschlands in politischen und akademischen Debatten, sowie mangelnde Information deutscher Entscheidungsträger bemängelt. Eine Bündelung deutscher Ressourcen durch Einrichtung eines politikwissenschaftlichen Zentrums vor Ort, wie des Carnegie-Tsinghua Centers, kann hier Abhilfe schaffen.

2.2. Regierungskonsultationen und strategische Partnerschaft mit Indien

Da Indien der zweitwichtigste strategische Spieler in Asien ist, muss Berlin die Regierungskonsultationen einmal jährlich abhalten und den interparlamentarischen Austausch zwischen beiden Länder ausbauen.

Indien kann Partnerland deutscher Entwicklungszusammenarbeit bleiben, allerdings mit Konzentration der Hilfen auf kleine und mittlere Unternehmen. So kann Deutschland einen besonderen Beitrag zur Minderung der Armut leisten. Indien ist eine parlamentarische Demokratie, die über eine aktive Zivilgesellschaft und freie Presse verfügt. Allerdings sind Korruption und Missbrauch durch Sicherheitskräfte weiterhin ein Problem und müssen Gegenstand der Regierungs- und Parlamentsgespräche bleiben. Auch im Konflikt zwischen maoistischen Rebellen und der Regierung könnte Berlin vermitteln, wenn beide Seiten darum bitten.

2.3. Maritime Konflikte, Sicherheitspolitik und Rohstoffe

Auch Südkorea und Japan sind langjährige Partner Deutschlands. Durch die guten Beziehungen zu allen Seiten sollte die Bundesregierung ausloten, ob sie in den zahlreichen maritimen Konflikten in der Region als stiller Vermittler fungieren kann. Über die bestehenden Netzwerke in Tokio, Seoul und Peking, ist durch das Auswärtige Amt oder Think-Tanks (SWP, DGAP) zu ermitteln, ob man deutsche Vermittlung wünscht. Ist Deutschland hier erfolgreich, kann die Bundesregierung im Südchinesischen Meer ähnlich aktiv werden. Staaten wie Vietnam und Indonesien haben großes Interesse an Deutschland geäußert. Berlin muss dieses Vertrauen nutzen, um im Hintergrund deeskalierend zu wirken.

In ganz Südostasien muss sich Deutschland der Herausforderung stellen, dass es bereits einflussreiche, noch mehr regionale Dynamik entfaltende Akteure gibt. Gleichzeitig bauen die USA bilateral neue politische Bündnisse auf. Deutschland wird sich selbstbewusst in den Diskurs um die Zukunft der Region einbringen müssen, um nicht an Bedeutung zu verlieren. Dazu sind die Verstärkung der diplomatischen Präsenz durch Eröffnung weiterer Konsulate und die organisatorische Stärkung von multilateralen Foren nötig.

Sicherheit im Seehandel ist ureigenstes Interesse der Exportnation Deutschland. Die Bundeswehr muss daher im Rahmen neuer Militärkooperationsabkommen für vertrauensbildende Maßnahmen mit China und anderen asiatischen Staaten eingesetzt werden. Für Pirateriebekämpfung und humanitäre Hilfseinsätze ist die Interoperabilität der Marine mit den Seestreitkräften asiatischer Staaten wichtig. Ein intensivierter Austausch und gemeinsame Lehrgänge von Offizieren sind daher geboten.

2.3. Ozeanien

Durch den kommenden Mineralienabbau in der pazifischen Tiefsee, vor allem das für die deutsche Wirtschaft extrem wichtige Mangan, haben Europa und Deutschland dort unmittelbare Interessen. Aufgrund der französischen Überseeterritorien im Südpazifik sollten Paris und Berlin als gemeinsamer Motor auftreten, um europäischen Interessen in Ozeanien Geltung zu verschaffen. Dazu könnten ausgewählte Nachwuchsführungskräfte der Inselstaaten Stipendien an EU-Universitäten erhalten.

3. Für eine koordinierende Rolle Europas

Koordinierung allen nationalen Engagements in Asien-Pazifik auf EU Ebene ist elementar, damit Europa gemeinsam seine Interessen durchsetzt. Das Kanzleramt darf nicht zulassen, dass Deutschland selbst, aber auch andere Staaten, die EU durch bilaterale Beziehungen auseinander dividieren. In diesem Kontext ist vor allem die EU-ASEAN Kooperation zur Unterstützung der regionalen Integration förderungswert. Umsetzbar wäre dies durch mehr Personal des Europäischen Auswärtigen Dienstes in der Region, das die ASEAN bei seinen

Integrationsbemühungen berät. Ferner sollte sich die EU um ein umfassendes Freihandelsabkommen mit ASEAN bemühen.

4. Ausblick

Trotz des relativen Abstiegs des Westens beweisen alle Empfehlungen, dass Deutschland alleine wie mit der EU in Asien-Pazifik konkrete Politik umsetzen kann, wenn es will. Eine auf entschlossene Vermittlung ausgelegte Politik der leisen Töne und kleinen Schritte kann hier als attraktive Alternative zu den USA fungieren. Die EU kann für Integrationsbestrebungen in Südostasien als Musterbeispiel dienen, wenn die Prinzipien einer Freihandelszone, wirtschaftlicher Integration und fundamentaler Freiheiten entschlossen kommuniziert werden. Vor allem aber darf Deutschland nicht vor einer Führungsrolle in der EU zurückschrecken, um Europas außenpolitische Linie in Asien-Pazifik konsequent zu vermitteln.

5. Autoren

Niklas Anzinger schreibt seine Bachelorarbeit in Philosophy & Economics an der Universität Bayreuth. Er studierte in Istanbul und arbeitete für Turkish Policy Quarterly.

Florian Knaack studierte Politikwissenschaft in Kiel und Santander, Spanien. Er ist Doktorand an der CAU Kiel.

Matthias Korpak studiert an der Universität Tübingen den Masterstudiengang Politik und Gesellschaft Ostasiens.

Daniel Krahl ist Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er ist Doktorand an der Universität Bonn und Stipendiat der Friederich Ebert Stiftung.

Oliver Krumme studierte Politikwissenschaften/Internationale Beziehungen in Erlangen und an der Diplomatischen Akademie Wien. Er ist der Blogautor von <http://ollys-blog.blogspot.de/>.

Jan Raudszus studierte Politikwissenschaft/Sicherheitspolitik in Zürich und am King's College in London. Er ist der Managing Editor von theriskyshift.com.

Armin Reinartz studiert im Master of Public Policy Program der Peking University und Contemporary East Asian Studies an der Universität Duisburg-Essen. Er ist langjähriges Mitglied im Internationalen Komitee und ehemaliger Leiter des Bundesarbeitskreises Internationales der Jungen Liberalen.

Dr. Philipp Rock studierte Neuere/Neueste Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie in Berlin und London. Er ist Referent im Europäischen Parlament.

Bastian Matteo Scianna absolviert das M.A./MSc dual degree in International and World History an der Columbia Universität und der LSE.

Felix Seidler studierte Politikwissenschaft in Würzburg und Sydney, Australien. Er ist Redakteur von Deutschlands Agenda, Doktorand an der CAU Kiel und Blogautor von seidlers-sicherheitspolitik.net.